

## **Medienpaket - kurz und bündig**

Vollständiger Titel: «Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien»

**Ausgangslage:** Die Medienverlage geraten zunehmend finanziell unter Druck, da ihnen Werbeeinnahmen wegbrechen. Im Gegensatz zu Radio- und Fernsehen gibt es in der Bundesverfassung keine Grundlage für eine direkte Förderung der textbasierten Medien. Der Bund unterstützt aber die Zeitungen indirekt, indem er die Postzustellung verbilligt. Es wurde deshalb schon vor ein paar Jahren versucht, die Medienförderung grundsätzlich neu aufzustellen und auch die neuen Medien zu berücksichtigen. Da dies gescheitert ist, hat der Bundesrat ein Medienpaket ins Parlament gebracht, in dem die traditionelle Medienförderung via verbilligte Postzustellung verstärkt und erweitert wird. Gleichzeitig schafft er ein Gesetz für die Förderung von Online-Medien. Analog zu den Print-Zeitungen soll im Online-Bereich nur Geld für den Aufbau und Betrieb der Infrastruktur fließen (maximal 30 Mio. Fr.). Daneben gibt es noch weitere Beiträge, die die Medienarbeit generell unterstützen (z.B. Aus- und Weiterbildung) und eine stärkere Berücksichtigung der privaten Radio- und Fernsehstationen an der RTVG-Abgabe ("Billag"). Der Ständerat hat zusätzlich die Förderung der Print-Medien noch ausgebaut, indem er eine Ermässigung für Früh- und Sonntagszustellungen eingeführt hat. Insgesamt soll die Medienförderung aus der Bundeskasse von 50 Mio. auf 150 Mio. Fr. aufgestockt werden.

In der Schlussabstimmung stimmten die SVP, etwa die Hälfte der FDP und 4 GLP gegen das Medienpaket.

Das Referendum wurde von einem privaten Komitee ergriffen, daher stimmen wir nun über die Vorlage ab. Sowohl auf der Befürworter:innen wie auch auf Gegner:innenseite gibt es Medienschaffende.

### **Argumente der Befürworter:innen:**

- Medien spielen eine wichtige Rolle in unserer direkten Demokratie. Ihr traditionelles Finanzierungsmodell über Abos und Werbung wird zunehmend schwieriger, da der Werbemarkt abwandert. Gerade kleinere und mittlere Medien drohen zu verschwinden. Die regionale Berichterstattung ist gefährdet.
- Die Förderung ist so ausgestaltet, dass der Staat keinen Einfluss auf die Inhalte nehmen kann.
- Durch das Paket kann auf verschiedenen Ebenen die Qualität der Medien unterstützt werden (Unterstützung von Nachrichtenagenturen oder Aus- und Weiterbildung)

### **Argumente des Referendumkomitees:**

- Eine direkte Demokratie braucht unabhängige Medien, die nicht über den Staat finanziert werden.
- Eine Staatsfinanzierung privater Medien verschleudert Steuergeld, gefährdet die Demokratie und verzerrt den Markt.
- Die Profiteure dieses Medienpakets sind die reichen Medienkonzerne.
- Das Medienförderungspaket ist marktverzerrend, da nur abonnierte Medien unterstützt werden, nicht aber Gratiszeitungen oder gratis Online-Medien.

### **Fazit der Fraktion:**

- Insgesamt herrscht in der Fraktion grosse Unzufriedenheit über den Ausbau der Print-Förderung (insbes. Förderung der Früh- und Sonntagszustellung, mehr Geld für grossen Medienverlage).
- Den einzigen Erfolg, den wir diesbezüglich verbuchen konnten, war dass die bisher unbefristete Zustellermässigung auf 7 Jahre befristet wird - analog zur neuen Förderung von Online-Medien.
- Auf der Positivseite wird anerkannt, dass Regionalmedien eine wichtige Rolle spielen und die Förderung für deren Überleben wichtig ist.
- Wir begrüssen auch die Unterstützung von Online-Medien.



**Abstimmungen:**

SR: Ja (28:10, 6 Enth); NR: Ja (115:75, 6 Enth); glp-Fraktion: Ja (9:4, 2 Enth); glp-Vorstand: Ja (21:14, 2 Enth)

**Links:**

Referendumsseite: <https://staatsmedien-nein.ch/>

Geschäft im Parlament:

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20200038>

